

Fraktion DIE LINKE  
Piraten-Gruppe

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 02.11.2015

**AN/1662/2015**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	12.11.2015

**Resolution zu einer Transparenzregelung**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates zu setzen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln bittet die Landesregierung, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das den Bürgerinnen und Bürgern den freien Zugang zu allen wichtigen Informationen aus Ämtern und Behörden ermöglicht. Helfen soll dabei ein zentrales Informationsregister. Grundlage dafür wäre ein neues Transparenzgesetz.

Als Basis für ein solches Transparenzgesetz kann der Gesetzesentwurf (<http://www.nrw-blickt-durch.de/der-gesetzesentwurf/>) des Bündnisses „NRW blickt durch“ – bestehend aus dem Bund der Steuerzahler NRW e.V., Mehr Demokratie e.V., NABU Nordrhein-Westfalen und Transparency International Deutschland e.V. - herangezogen werden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die „Satzungsempfehlung für Transparenz und Informationsfreiheit in den Kommunen von Nordrhein-Westfalen“ des Bündnisses „NRW blickt durch“ in Köln übernommen werden kann.

[http://www.nrw-blickt-durch.de/fa/pdf/transparenz\\_satzung\\_nrw.pdf](http://www.nrw-blickt-durch.de/fa/pdf/transparenz_satzung_nrw.pdf)

Begründung:

Daten und Dokumente der Verwaltung für jede und jeden einfach zugänglich und nutzbar zu machen ist unverzichtbarer Bestandteil einer modernen Demokratie. Ein ungehinderter Zugang zu Informationen fördert nicht nur die demokratische Meinungs- und Willensbildung, sondern ermöglicht erst die Kontrolle des staatlichen Handelns.

In Nordrhein-Westfalen existiert ein Informationsfreiheitsgesetz, das Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Einsichtnahme in Akten – zum Teil gegen Gebühren – einräumt. In eini-

gen anderen Bundesländern werden hingegen alle wichtigen Informationen proaktiv im Internet veröffentlicht.

In den letzten Jahren fand auf vielen Ebenen ein Paradigmenwechsel statt: weg von einer Holschuld der Bürgerinnen und Bürger hin zu einer Bringschuld des Staates. Im rot-grünen Koalitionsvertrag für NRW wird die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes hin zu einem Transparenzgesetz angekündigt. Die Koalitionäre bekennen sich in ihrem Vertrag ausdrücklich dazu, Veröffentlichungspflichten der öffentlichen Stellen deutlich auszuweiten. Deshalb hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Open.NRW-Strategie mit <https://open.nrw.de> ein Datenportal geschaffen. Dieses steht aber insgesamt in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes NRW hin zu einem Transparenzgesetz. Das Portal ist zurzeit nur ein freiwilliges Angebot der Landesregierung, noch fehlt es hier an Verbindlichkeit. NRW braucht ein Transparenzgesetz, damit die in Verwaltungen vorliegenden Daten, Dokumente und Informationen möglichst einfach zugänglich und nutzbar gemacht werden, und zwar maschinenlesbar in offenen Formaten und unter freien Lizenzen.

Als sehr gute Vorlage für ein NRW-Transparenzgesetz bietet sich der Gesetzentwurf des Bündnisses „NRW blickt durch“ an. Dieses Bündnis hat auf Grundlage des eigenen Gesetzentwurfs eine Transparenzsatzung für die Kommunen in NRW entwickelt. Denn neben der Landesebene können auch die Kommunen einen Beitrag für mehr Transparenz leisten.

In Köln werden schon viele Daten, Dokumente und Informationen proaktiv angeboten, aber eine Transparenzsatzung, wie sie „NRW blickt durch“ vorschlägt, schafft eine Grundlage dafür, dass die Informationslast umgekehrt wird. Die Transparenzsatzung garantiert, dass Informationen von Amts wegen zugänglich gemacht werden. Köln würde sich verpflichten, Gutachten, Statistiken, Verwaltungsvorschriften, öffentliche Pläne, Geodaten und weitere Informationen in ein öffentlich einsehbares, zentrales und kostenloses Informationsregister einzupflegen. Inwieweit die Transparenzsatzung des Bündnisses in Köln umgesetzt werden kann, soll die Verwaltung prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein

Fraktionsgeschäftsführer

DIE LINKE

gez.

Thomas Hegenbarth

Sprecher

Piraten-Gruppe